

Zeitsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1917 Nr. 623

für Urhalt und Thüringer.

Jahrgang 210

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 6. Dezember 1917

Verlagsgesellschaft für Halle a. S. Verleger: Verleger Straß 21, 41123
Verlagsgesellschaft für Halle a. S. Verleger: Verleger Straß 21, 41123
Verlagsgesellschaft für Halle a. S. Verleger: Verleger Straß 21, 41123

Belegblätter für die Provinz Sachsen
Belegblätter für die Provinz Sachsen
Belegblätter für die Provinz Sachsen

Rückzug der Engländer bei Cambrai

Wieder 12000 Tonnen versenkt

Berlin, 5. Dez. (Antikl.) Durch die Tätigkeit anderer U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 12000 T. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein belandener bewaffneter englischer Dampfer, ferner ein Segler, der mit einem U-Boot zusammen arbeitete.

Der Chef des Admiralfalles der Marine.

Berlin, 5. Dez. Zu dem Bericht vom 24. November über die Versenkung des englischen Dampfers „Sillia“ (3788 T.) ist nach der Meldung des nördlichen Kriegsschauplatzes in der Zwischenzeit noch nachzutragen, daß dieser beim Sinken des Dampfers der Dampfer des Feuerzuges der belandener, trotz ringum einschlagender Granaten von dem U-Boot abgelenkt wurde und die Schiffseite des Dampfers auf und legte die Folgebahn in Brand. Zugleich wurde der Dampfer nach mehrere Male auf das Schrot, die Besatzung verließ aber dann nach Weiterumkehr des Feuers in größter Nähe des brennenden Schiff, auf dem die belandener liegende Munition explodierten.

Ein anderes, im englischen Kanal arbeitendes U-Boot hatte in den letzten Tagen einen fast geländerten Dampfer von 4000 Tonnas versenkt, der nach mehreren Wunden in die Tiefe sank. Durch seine einwirkende feindliche Gegenwehr der Dampfer wurde dem U-Boot zum Tode gezwungen und daß darauf mit mehreren Wasserbomben belegt. Beim Wiederankommen wurde das über Wasser herausragende Schrotz von einem Sechser versenkt und zerlegt. Wieder auf die Tiefe gegangen, versenkte das U-Boot weitere Explosionen von geländerten, zum Teil in nächster Nähe des Bootes brennenden Wasserbomben, die über alle Feinde Schanden anstifteten.

Die großen Wirtschaftsbünde zur Wahlrechtsvorlage

Berlin, 5. Dez. Der Bund der Landwirte, der Reichsdeutsche Mittelhandelsverband, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und der Zentralverband deutscher Industrieller geben nachfolgende gemeinsame Entschließung zur Wahlrechtsvorlage bekannt:

„Die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften ist nur für uns das wichtigste und am meisten heiligen und für die wirtschaftliche Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und Berufen die Grundlage. Das gilt nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelstaatlichen Parlamente. Ein Ergänzung der parlamentarischen Verhältnisse im Reich vermöge die Wirtschaft zu vertreten, das ist insbesondere dem Einzelhandels in unserem größten Bundesstaate, das Gleichgewicht in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Berufe und Gewerbetreibenden zu sichern. Soll nun das bestehende Wahlrecht die Verhältnisse nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Wirtschaftsklassen eine angemessene Vertretung gesichert hat, aufgeben werden, so darf es nicht durch ein Wahlrecht ersetzt werden, das eine einzige Bevölkerungskategorie ein entscheidendes Übergewicht über alle anderen Teile des Volkes gibt. Es muß vielmehr verlangt werden, daß bei der Neuordnung des Wahlrechts aus preussischen Abgeordneten auf nicht nur die Stellung und Freiheit des einzelnen Staatsbürgers, sondern auch die Stellung und Freiheit der einzelnen Gewerbetreibenden und Berufsstände, eingehend über volkswirtschaftlichen Rücksicht, gewahrt werden. Diese Voraussetzung wird nicht erfüllt, es tritt vielmehr eine Vergeßlichkeit der überlebenden Wirtschaft der Gewerbetreibenden und Berufsstände ein, wenn sich die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses in Zukunft lediglich die Kapitalisten entscheidet. Selbst ist zu erwarten, daß die Vertretung der Kapitalisten für die Wahlen zu den Volksvertretungen der deutschen Bundesstaaten die Einführung der Kapitalistenwahlrecht für die Gemeinewahl zur Folge haben wird.“

Die Anhaltisch-provinzialisches vom Österreichischen Abgeordnetenhause angenommen

Wien, 5. Dezember. Das Abgeordnetenhause hat die Vorlage betreffend die Anhaltisch-provinzialisches angenommen.

Wien, 6. Dez. Die Abgeordnete Scherff, Langenhan und Genossen brachten in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine von 90 deutschen nationalen Abgeordneten unterzeichnete Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Minister für Landesverteilung ein über das Verhalten der Regierung im Weltkrieg. Die Anfrage, welche 20 Stellen Maßnahmen betrifft, enthält das folgende über die Frage gezeichnete Material.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

11000 Italiener im Meletta-Gebirge gefangen

Großes Hauptquartier, 6. Dezember 1917.

Weißlicher Kriegsschauplatz

Sechster Gruppe Kruppischer Ruppert
In dem flandrischen Kampfbereich nahm die Aktivität am Abend wieder erheblich an Stärke zu. Südlich und südwestlich von Weveres künftigen unsere Truppen englische Gärten und ließen sich über die von Kaputt auf Gombrai führende Straße vor. Unter der Einwirkung unserer letzten Angriffserfolge und unter dem erlen Druck von Norden und Osten räumte der Feind zwischen Weveres und Marcing seine vordere Stellung und wies sich auf die Höhen südlich von Weveres zurück. In mehreren Nachdrängen wurden die Dörfer Graincourt, Annez, Contain, Rouelles, sowie die Waldlänge südlich von Marcing genommen. Auf 10 Kilometer Breite haben wir unsere Linien bis zu 4 Kilometer Tiefe vorgeschoben.

Auf seinem Rückzug hat der Feind, soweit es die Zeit noch zuließ, die Drähten durch Brand und Sprengung zerstört. Die Trümmer dieser Drähten und das wiederholte Zerstörungswort an der nun dem Feinde wieder weit entrückten Stadt Gombrai sind die Spuren die der Engländer von seiner mit so großen Opfern erzielten, mit einer schweren Niederlage endenden Durchbruchschlacht bei Cambrai für lange Zeit auf Frankreichs Boden hinterließ.

Die Besatzung, die bei Gombrai in den letzten Tagen besonders im Bourlon-Wald existiert, hat außerordentlich hoch. Die Zahl der aus den Stämmen bei Gombrai eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Waffengeräten auf 148, an Maschinenmaschinen auf 716 erhöht.

Sechster Gruppe Deutscher Kruppiger

In der Ailette, den einzelnen Abteilungen der Champagne und auf dem südlichen Massener zeitweilig verstärkte Feuerkraft.

Während von Jülich her trafen Sturmtruppen von schneidigen Vorstoß gegen französische Gärten eine große Anzahl Gefangene ein.

Weitere wurden im Luftkampf und von der Erde aus 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Untere Häuser haben die Besatzung von Gombrai, sowie von Annez, Rouelles, Annez, Contain, Rouelles, Dour und Marcing mit Bomben angegriffen.

Östlicher Kriegsschauplatz

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitung Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Bulgariens und der Türkei haben mit den bevollmächtigten Vertretern Russlands für die Fortsetzung der Waffenruhe im Schwarzen Meere, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplatzen in Wien Waffenruhe für die Zeit vom 7. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, bis zum 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags abgeschlossen. Die Verhandlungen zur Fortsetzung eines Waffenstillstandes werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Mazedonische Front

Seine größten Kampfergebnisse.

Jailanische Front

Der am 4. Dezember in den Siedeln Gemeinden eingeleitete Angriff der Österreichischen des Feldmarschalls Conrad brachte große Erfolge. Österreichisch-ungarische Truppen haben die letzten italienischen Stellungen im West- und Ostgebirge gestürmt und gegen mehrere Gegenangriffe behauptet.

Deutsche Kavallerie hat an den Stämmen mitgewirkt. Bisher wurden 11000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister

Zudenborst

Sehntägige Waffenruhe an der Russenfront

Antikl. Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember 12 Uhr mittags festgesetzt. Die Waffenruhe soll dem heutigen werden. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf ein Ende zu führen. Zwecks mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissaratsabteilungen demers fort.

Um Preußens Schicksal

Die seit Verleihen seiner Verfassung schwerste Stunde für den preussischen Staat, die man am allerwenigsten jetzt mitten im Kriege für möglich gehalten hätte, ist nun gekommen: Das Sans der Abgeordneten ist zur ersten Beratung des Gegenwärtigen zusammengetreten, der die Übertragung des gleichen Wahlrechts auf Preußen enthält. Wenn noch ein Zweifel darüber bestanden haben sollte, was in der Vorlage unter gleichem Wahlrecht verstanden wird, so hat der preussische Minister des Innern, Herr Dr. Treusch, ihn in seiner Begründungsschrift beseitigt, er hat erklärt, daß die Staatsregierung darunter das Reichstagswahlrecht versteht und er hat als preussischer Minister des Innern und als geborener Preuze warme Worte dafür gesprochen, daß dieses Wahlrecht in Preußen eingeführt werden müsse. Der deutliche Beweis dafür, wenn er damit völlig aus dem Herzen gesprochen hat, ist wohl gegeben, daß der äußerste Flügel der Sozialdemokratie, die Männer um August Hoffmann, ihm dafür Beifall flüchteten. Ihn überboten aber dann der Herr Minister des Innern für in Anspruch nehmen, daß er mit der Bemerkung, die Staatsregierung werde auf alles eingehen, was man im Hause beschließen, nur müsse das Reichstagswahlrecht die Grundlage bilden, eine der schwersten inneren Kriegen heraufbeschworen hat, während es doch Pflicht aller leitenden Stellen im Reiche und in Preußen sein muß, alles zu vermeiden, was die Ruhe im Innern erschüttern könnte und während noch die Tierbestimmungen der Grundordnung abgelehnt war, daß jetzt mitten im Kriege nicht Zeit sei, so schwerwiegende Maßnahmen wie eine Wahlrechtsänderung in Preußen in die Wege zu leiten.

Wie hat die Gegenfrage, die in dieser Frage aufgeworfen, das hat bereits der erste Verlesungsbuch deutliche gemacht. Auf der ästhetischen Seiten konnte man sich bisher nur durch Widersprüche äußern, diese stützen aber eine Stammfimmung fonderbarkeiten und eine Unverschied, die nicht zum wenigsten durch die Haltung der Regierung begründet war. Die Redner aus dem Sans, die zunächst zum Worte kamen, ließen keinen Zweifel darüber, daß die Weidrecht der preussischen Volksvertretung seit unzulässig ist, die auspreußigen preussische Angelegenheit der Wahlrechtsreform ausschließlich in Preußen, unbeirrt durch Einflüsse von außen her, zur Erledigung zu bringen. Der Führer der Konservativen, der Abgeordnete von Scheibbrandt, legte in einer anfangsgehlichen, von mehreren abweichenden Geistes durchdrungen Rede dar, daß sein Freundes das gleiche Wahlrecht als für Preußen verdrängt ansehen, daß sie aber entziehen sind, an einer Reform mitzuarbeiten, in der aber Preußens Eigenart gewahrt und Preußens Zukunft sichergestellt werden müssen. Sehr bemerkenswert war ferner die Erklärung des Zentrumsführers Dr. Forst, daß zwar ein Teil seiner Freunde bereit sein werde, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen, daß aber der andere Teil seine Zustimmung erst von dem Beweise der Verhandlungen im Ausschusse abhängig machen würde. Ich habe bereits die letzten Redner des Sanses haben also durch den Mund ihrer Führer gesprochen, die eine gänzlich ablehnend gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, die andere nur bedingt zustimmend.

Zu Beginn der Sitzung stellte sich Graf Serlling dem Sans in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident vor. Er betonte, daß er vor vielen Jahren den preussischen Abgeordneten geleitet habe, mit ihm in preussischen Dingen sein gänzlich Fremder sei. Der Admiralität seiner Aufgabe in Preußen sei er sich wohl bewußt, die Wahlrechtsreform werde schließlich einen entscheidenden Anknüpfungspunkt in der preussischen Geschichte bilden, auch sei ihm bekannt, daß sie in den Kreisen, für die Preußens Wohl Lebensaufgabe und Gemeinwohl sei, immerdar empfunden wird. Trotzdem müsse das Opfer gebracht werden, selbstverständlich aber habe dem Sans das Recht der sachlichen Prüfung vollkommen zu. Wie alles, was aus dem Munde dieses gebildeten Staatsmannes kommt, wirkte auch diese Antrittsrede nicht unzulässig, obwohl sich der Redner nicht hatte verhalten können, auf ein besondres Mißverständnis über das preussische Wahlrecht zurückzuführen, über welches Wort die Witen ebenfalls läßt geklopfen sind. Um so fester aber wirkte das, was der preussische Minister des Innern zu sagen wollte. Endliches zur Begründung der Vorlage vermochte er nicht vorzubringen, auch war es ihm

Deutscher Ostmarken-Verein verlangt Erhaltung der Schutzmauern gegen Uebergriffe der Polen, Vertagung etwaiger Aenderung ostmärkischer Gesetzgebung bis nach dem Kriege, Reichsschutz für Deutschtum im Osten, wo schwerste Sorge, diese Erbitterung im Zunehmen.

